

An  
die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder

Berlin, den 6. Mai 2015

Offener Brief: Fracking in Deutschland verbieten

Sehr geehrte Ministerpräsidentinnen, sehr geehrte Ministerpräsidenten,

die Bundesregierung plant, Fracking in Deutschland zu ermöglichen. Die UmweltministerInnen der Bundesländer haben die Pläne der Regierung am 22. April 2015 abgelehnt und statt dessen eine Änderung des Bundesberggesetzes gefordert, um „das Aufbrechen von Gesteinen unter hydraulischem Druck zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen“ zu verbieten. Mit dieser Entscheidung berücksichtigen die UmweltministerInnen die unzähligen Gefahren des Fracking für das Grundwasser, die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung.

Fracking gefährdet das Grundwasser und kann Erdbeben auslösen. Die Entsorgung des Rückflusses, der wieder an die Oberfläche gepumpten Mischung aus Frackflüssigkeiten und Lagerstättenwasser, ist ungeklärt. Ein wirksamer Schutz vor den Gefahren, die durch Betriebsstörungen bei der Anwendung des Fracking-Verfahrens entstehen, existiert nicht.

Eine Erlaubnis der Hochrisikotechnik Fracking in Deutschland konterkariert auch das Ziel der Bundesregierung, „engagierten Klimaschutz zum Fortschrittmotor zu entwickeln“ und bremst den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien aus. Noch ist nicht klar, wie wir das nationale Ziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, erreichen wollen. Klar ist jedoch, dass wir dieses Ziel nur erreichen können, wenn zusätzliche Maßnahmen zur Reduktion umgesetzt werden. Zwei Drittel der weltweit bekannten fossilen Brennstoffvorkommen müssen nach Einschätzung der Internationalen Energieagentur im Boden bleiben, wenn wir die schlimmsten Folgen des Klimawandels verhindern wollen.

Hinzu kommt, dass Fracking in Deutschland weder einen entscheidenden Beitrag zur Versorgungssicherheit noch zur Beschäftigung leisten kann – zu diesem Ergebnis kommt unter anderem der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Arbeitsplätze und eine nachhaltige Energieversorgung kann auf Dauer allein der konsequente Ausbau der erneuerbaren Energien sicherstellen. Wir brauchen daher in Deutschland kein Gesetz, das die Gasförderung bei einem hohen Flächenverbrauch und großen Risiken für Böden, Grundwasser und Gesundheit ausweitet.

In Deutschland gibt es bereits mehr als 2000 Kommunen und Gemeinden, die Fracking auf ihrem Gebiet nicht zulassen wollen. Jede Fracking-Bohrung führt zu Flächenversiegelung und zur Einschränkung der Lebensqualität der AnwohnerInnen. Der Bevölkerung werden die volkswirtschaftlichen Folgekosten einer Fördertechnik aufgebürdet, die ihr keinen Nutzen bietet.



Sehr geehrte Ministerpräsidentinnen, sehr geehrte Ministerpräsidenten, zeigen Sie, dass der Schutz von Grundwasser, Umwelt und Gesundheit für Sie höchste Priorität hat und schließen Sie sich dem Votum Ihrer UmweltministerInnen für ein Fracking-Verbotsgesetz in der Bundesratssitzung am 8.Mai an.

Mit freundlichen Grüßen

gezeichnet

Birgit Bauer  
geschfd. Vorstandsmitglied  
Aktionsgemeinschaft Arten-  
schutz

Wolfgang Schürger  
Sprecher  
Arbeitsgemeinschaft der Um-  
weltbeauftragten in der EKD

Oliver Kalusch  
Mitglied des geschfd. Vor-  
stands  
Bundesverband Bürgerinitiati-  
ven Umweltschutz

Andy Gheorghiu  
Bürgerinitiative lebenswertes  
Korbach e.V.

Tim Steindamm  
Bürgerinitiative Fracking freies  
Hessen

Prof. Dr. Hubert Weiger  
Vorsitzender  
BUND (Bund für Umwelt und  
Naturschutz Deutschland e.V.)

Andreas Link  
Vorstandsmitglied  
BUNDjugend

Christoph Bautz  
Geschäftsführer  
Campact

Bernhard Fricke  
Vorsitzender  
David gegen Goliath

Klemens Glies  
Präsident  
Deutsche Gesellschaft Agenda  
21, Bayern

Jörg Sommer  
Vorsitzender  
Deutsche Umweltstiftung

Manfred Hederer  
Präsident  
Deutscher Berufs- und  
Erwerbsimkerbund

Liselotte Unseld  
Generalsekretärin  
Deutscher Naturschutzring

Hans-Josef Fell  
Energy Watch Group

Geert de Cock  
Director EU-Affairs  
Food & Water Europe

Gabriele Obschernicat  
Netzwerk Gegen Gasbohren

Brigitte Behrens  
Hauptgeschäftsführerin  
Greenpeace

Reiner Ehret  
Vorsitzender  
Landesnaturschutzverband  
Baden-Württemberg

Dr. Werner Zittel  
Stiftungsvorstand  
Ludwig-Bölkow-Stiftung

Leif Miller  
Bundesgeschäftsführer  
NABU (Naturschutzbund e.V.)

Uwe Hicksch  
Mitglied im Bundesvorstand  
Naturfreunde Deutschlands

Claus-Harald Güster  
stellv. Vorsitzender  
Gewerkschaft Nahrung-  
Genuss-Gaststätten

Peter Fuchs  
geschfd. Vorstand  
PowerShift

Florian Kubitz  
Vorstandssprecher  
ROBIN WOOD

Christina Hacker  
Vorstand  
Umweltinstitut München e.V.

